

Gestern

Richtungsentscheide in der Wirtschaftskommission des Ständerats

Absage an Wettbewerbsgericht

Schweiz Gestern

Die Wirtschaftskommission des Ständerats hat sich klar gegen eine Gerichtsinstanz für Wettbewerbsfragen ausgesprochen. Beim Grundsatzverbot für Vertikalabreden folgte die Kommission dagegen dem Bundesrat.

hus. Die Revision des Wettbewerbsrechts ist eine grosse Baustelle. Immerhin erhält die Baustelle allmählich gewisse Konturen. Die Wirtschaftskommission (WAK) des Ständerats hat gemäss Mitteilung vom Dienstag einige Richtungsentscheide gefällt. Besonders auffällig: Die vom Bundesrat vorgeschlagene Schaffung einer Art Wettbewerbsgericht erscheint nicht mehrheitsfähig. Der Bundesrat wollte eine stärkere Trennung von Untersuchungs- und Entscheidbehörde. Das Sekretariat der Wettbewerbskommission (Weko) sollte zur Anklagebehörde mutieren und die Weko zu einem Teil des Bundesverwaltungsgerichts werden.

Doch es gibt Parlamentarier, die eine Verlängerung und Verteuerung der Verfahren befürchten. Die ständerätliche WAK hat sich nun überraschend klar mit 10 zu 2 Stimmen für eine Lösung ausgesprochen, bei der die Weko die erste Entscheidungsinstanz bleibt – was einem deutlichen Votum gegen das Gerichtsmodell des Bundesrats entspricht. Die Weko soll aber «professionalisiert» werden, wie WAK-Präsident Konrad Graber (Luzern, cvp.) auf Anfrage sagte. Als chancenreich gilt ein Antrag, nach dem die Weko deutlich verkleinert wird (zum Beispiel auf fünf Mitglieder) und nur noch Halbprofis oder Profis enthält – und damit keine Vertreter mehr von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Praktiker sind laut Graber weiterhin erwünscht, doch dies müssten nicht unbedingt (ehemalige) Verbandsvertreter sein, sondern könnten auch frühere Spitzenmanager sein.

In einer zweiten Richtungsentscheidung hat die WAK dagegen den Bundesrat unterstützt. Sie sagte erstaunlich deutlich mit 9 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen Ja zugunsten des vorgeschlagenen Grundsatzverbots nicht nur für harte Kartellabsprachen zwischen Konkurrenten, sondern auch für

Mengen- und Gebietsabsprachen zwischen Produzenten und Händlern (Vertikalabreden). Dabei soll es im Einzelfall Rechtfertigungsmöglichkeiten aus Effizienzgründen geben. Der Knackpunkt liegt hier in der Verteilung und Ausgestaltung der Beweislast. Technisch anmutende Details werden eine grosse Rolle spielen. Über die Details zur Beweislast und zu Ausnahmeregelungen für Bagatellfälle befindet die WAK erst an ihrer nächsten Sitzung im Februar.

Zu reden gab auch die einst in der Motion Birrer-Heimo angestossene Idee eines faktischen Lieferzwangs für ausländische Firmen gegenüber Nachfragern aus der Schweiz zur Bekämpfung der «Preisinsel» Schweiz. Im vergangenen Herbst hatte die WAK die Motion abgelehnt, aber der Verwaltung den Auftrag gegeben, eine «abgespeckte» Version vorzulegen. Gemäss dieser Version soll der Lieferzwang nur für gewisse Länder und Produkte gelten. Die WAK entschied sich nun aber mit 7 zu 5 Stimmen auch gegen eine abgespeckte Version. Die Sache ist dem Vernehmen nach aber noch nicht ganz erledigt. Die WAK will im Februar die Detailberatung zum Kartellrecht erledigen und das Geschäft in die Märzsession bringen.

Viel zu reden gab in der WAK auch die Landwirtschaftspolitik. Die lange auf Eis gelegene Motion Aebi, die faktisch die Milchkontingentierung wieder einführen will, fiel mit 7 Nein zu 2 Ja bei einer Enthaltung deutlich durch. Die Motion der nationalrätlichen Schwesterkommission, welche vom Bundesrat die Prüfung einer Öffnung des Milchmarktes gegenüber der EU fordert, akzeptierte die WAK derweil knapp mit 5 zu 4 Stimmen. Hier ist noch vieles offen.

KOMMENTARE

0 Kommentare



Diskussion ▾

Gemeinschaft

Mein Disqus 4

Teilen ▾



Niemand hat bis jetzt kommentiert.

AUCH AUF NZZ

Was ist das? ✕

Ungarns Kämpfer wider das Lautgesetz

1 Kommentar • vor 4 Stunden



Jürg Keller — Was ist auch mit den Ungaren los? Sie sind unangefehdet in Europa, haben eine schwierige

Frankreich bittet zur Kasse

51 Kommentare • vor 11 Tagen



Fredy Saxer — Das ist doch eine absolute Frechheit, wenn der Staat solche Steuersätze erhebt. Ist den

Kein Freischnaps mehr für Bauern

40 Kommentare • vor 10 Tagen



Martin Bundi — Und schon wieder so eine Vorlage, die "mehr Gerechtigkeit" verspricht - auf Kosten

Vorwurf der Scharlatanerie

38 Kommentare • vor 9 Tagen



John Barnett — Astrologie im selben Zug mit Wissenschaft zu nennen ist schon Scharlatanerie. Es wäre schön

Comment feed

Abonniere via E-Mail